



Fragen  
zur Bundestagswahl 2021

**3**

**Soziale Frage / Armuts- und Reichtumsverteilung /  
Würdige Arbeit/  
Bezahlbares Wohnen als neue Soziale Frage**

„Halbturner Forum  
für Demokratie, Respekt und Vielfalt“

### 3.1. Soziale Frage / Armuts- und Reichtumsverteilung

- Seit dem Jahr 2000, also seit 20 Jahren, verzeichnet Deutschland einen rasanten Anstieg von Armut und sozialer Ungleichheit, so stellte die OECD fest. Der alljährliche Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung über die Lebenslagen in Deutschland zeigt die anhaltende und zunehmende soziale Schieflage auf, die sich in zurückliegenden 20 Regierungsjahren unter verschiedenen Regierungskoalitionen immer weiter verschlimmert hat, ohne dass versprochene Verbesserungen eingetreten sind, im Gegenteil: Stetige Zunahme der ungleichen Einkommens- und Vermögensverteilung, der Kinderarmut, Altersarmut, Obdachlosigkeit, Mietpreissteigerungen und Wohnsituation, überschuldeten Haushalte, Armenspeisungen an Tafeln und Suppenküchen, Bildungsbenachteiligung usw. .
- Im Koalitionsvertrag steht zwar das Ziel „Wir bekämpfen Kinderarmut“, die im März 2018 von der Bundeskanzlerin als „Schande in einem reichen Land wie Deutschland“ bezeichnet wurde. Deshalb wollte sie erklärtermaßen die Gesellschaft bis zum Ende der Legislaturperiode „menschlicher machen“ - zumal Kinder nach den allgemeinen Menschenrechten Anspruch auf besondere Fürsorge, Unterstützung und sozialen Schutz haben. Doch in den 16 Jahren ihrer Regierungszeit (überwiegend mit der SPD als Koalitionspartner) ist im Ergebnis eher das Gegenteil bewirkt worden. Auch bis zum Ende der Wahlperiode sind mit nur geringfügigen finanziellen Nachbesserungen für Kinder und Familien die Ziele nicht erreichbar, obwohl im Koalitionsvertrag steht: „Familien und Kinder im Mittelpunkt“:
- Über 4 Mio. Kinder und 3 Mio. Rentner sind bereits heute von Armut betroffen. Allein während der Regierungsära Merkel ist die Kinderarmut von 14% auf 20% und die Zahl der Armutsrentner von 11% auf 19% angestiegen sowie die Zahl der Obdachlosen auf ca. 700.000 angewachsen. Und die Zahl derjenigen Bedürftigen, die auf Tafeln oder Suppenküchen angewiesen sind, hat sich von 0,5 Mio. auf 1,5 Mio. verdreifacht. Und das nicht erst seit der Pandemie, bei der die ohnehin sozial Benachteiligten nochmalige Verlierer sind und die Arbeitslosigkeit wieder steigt. Hinzu kommen die regionalen Divergenzen: Die Emscher-Lippe-Region als Armutsregion ist bundesweit die Problemregion Nr. 1 mit einer Armutsquote von 22,4 bis 26%. Die soziale Frage ist die größte Herausforderung der Politik, die bisher nur halbherzig und erfolglos an Symptomen kuriert hat.
- Der jüngste Armutsbericht vom 18. Januar 2021 bestätigt die Befürchtungen, dass die noch nicht absehbaren sozialen Folgen der Pandemie dramatisch werden könnten. Und zur bisherigen Vermögensverteilung heisst es: „Am oberen Ende der Einkommensverteilung zeigte sich, dass etwa 8 Prozent der Bevölkerung über mindestens das Doppelte des mittleren Äquivalenzeinkommens verfügten, etwa 2 Prozent über das Dreifache oder mehr. Die Anteile lagen seit dem Jahr 2005 konstant auf diesem Niveau. Betrachtet man die Haushalte nach der Höhe des Vermögens, entfielen auf die Haushalte in der unteren Hälfte der Verteilung rund 1 Prozent des gesamten Nettovermögens, während die vermögensstärksten 10 Prozent der Haushalte über die Hälfte des gesamten Nettovermögens auf sich vereinten“. Die wenigen Reichen besitzen also fast alles und Millionen Menschen besitzen fast nichts. Die Hartz-IV-Sätze sind zuletzt um 7,-€ erhöht worden.
- Notwendige Finanzmittel für Investitionen für Soziales und Bildung gehen auch deshalb verloren, weil Steuerflucht, Steuervermeidung und –betrug sowie Steueroasen politisch nicht energisch genug bekämpft werden. Allein durch

Steuerflucht gehen jährlich geschätzte 100 Mrd. € verloren und fehlen dem Sozialhaushalt, wo die Mittel dringend benötigt werden.

**Frage zu 3.1:**

**Welches sozialstaatliche Gesamtkonzept mit welchen wirksamen Maßnahmen und Reformvorhaben hat sich ihre Partei vorgenommen für eine Beseitigung der sozialen Ungleichheit und der Armutsentwicklung sowie für eine gerechtere Einkommens- und Vermögensverteilung z. B. über die Steuerpolitik etc.?**

**Wie wollen Sie die gesellschaftliche Teilhabe der sozial Benachteiligten bzw. die Aufhebung ihrer Benachteiligung in allen Bereichen - einschließlich gleicher Bildungschancen unabhängig von Herkunft und Einkommen - politisch erwirken?**

**Welchen Stellenwert sollen die folgenden Themen in Ihrem Regierungsprogramm einnehmen: Erbschafts- und Vermögenssteuer, Bürgerversicherung, armutsfeste Rente, Alternativen zu Hartz IV, Rückführung privatisierter Gesundheits- und Sozialeinrichtungen in die öffentliche Hand?**

### **3.2 Würdige Arbeit**

- Während der Pandemie sind die unzumutbaren Arbeitsbedingungen in den Alten- und Pflegeheimen, in den Schlachtbetrieben sowie bei den Online- und Lieferdiensten in das Brennglas der öffentlichen Aufmerksamkeit geraten, die vorher über Jahrzehnte politisch hingenommen wurden. Über Beifallsbekundungen hinaus gab es zwar politische und gesetzliche Bemühungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Bezahlung, aber nur mit begrenztem Erfolg. Dabei werden die betroffenen Selbständigen und Kulturschaffenden vergessen, die nicht abgesichert sind und teilweise ins Bodenlose fallen. Der gewerkschaftliche Kampf um das Recht auf Arbeit, faire und gerechte Löhne und menschenwürdige Arbeitsbedingungen sowie soziale Absicherung und verbesserte Mitbestimmungsrechte stößt auf immer neue Herausforderungen angesichts längst überwunden geglaubter Verhältnisse mit sklavenähnlichen Abhängigkeiten.
- Zugleich traten die gnadenlose Ökonomisierung des überlasteten Gesundheitssystems sowie die generelle Problematik der Zeit- und Leiharbeit und der Mindestlöhne in unsicheren und prekären sowie ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen zutage, die sich fernab von „Normalarbeitsverhältnissen“ bewegen - mit dem Effekt: „Arm trotz Arbeit“. Demgegenüber strebte der Koalitionsvertrag „Gute Arbeit und soziale Teilhabe“ an, zu dem es nur einzelne kleine Schritte zur Verbesserung gab, die aber die grundlegenden Probleme nicht nachhaltig beseitigen. Vor allem sind Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer trotz lebenslanger Berufstätigkeit immer noch nicht hinreichend vor Altersarmut geschützt.
- Auch mit Blick auf die ärmeren Länder weltweit sind produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige gute Arbeit für alle, die nicht krank macht und mit einer Bezahlung honoriert wird, von der die Menschen ihren Lebensunterhalt (ohne Kinderarbeit) bestreiten können, in den öffentlichen Fokus geraten. Dennoch hat sich die Regierung schwer getan, den UN-Vertrag zu unterschreiben, in dem die verbindlichen Menschenrechtsnormen für transnationale Konzerne und Unternehmen festgelegt werden, um die Menschen in ärmeren Ländern vor Ausbeutung, aber auch vor Landvertreibung, Korruption oder Bedrohung ihrer Gewerkschaftsvertreter zu schützen
- Unser Ziel als Halterner Forum für Demokratie, Respekt und Vielfalt ist würdige Arbeit. Wir wollen den Schwachen eine Stimme geben. Würdige Arbeit ist gekennzeichnet durch

einen sicheren Arbeitsplatz mit einem festen und verlässlichen Einkommen in ausreichender und gerechter Höhe, das nicht zu Altersarmut führt. Ein Arbeitsplatz, an dem man vor körperlicher Beeinträchtigung geschützt ist. Das ist aber nicht alles: der Würde des Menschen in der Arbeit ist eine interessante, abwechslungsreiche und sinnhafte Arbeit förderlich, eine Tätigkeit, auf die man stolz sein kann. Eine, die mit guten sozialen Beziehungen zu KollegInnen und VorgesetztenInnen einhergeht. Die Möglichkeiten bietet, selbst Einfluss auf Arbeitsinhalt und -ablauf nehmen (Partizipation) und sich weiterentwickeln zu können (Lernen in der Arbeit).

### **Fragen zu 3.2:**

**Mit welchen politischen Konzepten und konkreten Maßnahmen wollen Sie und Ihre Partei würdiger Arbeit mit fairer Bezahlung zum Durchbruch verhelfen?**

**In welcher Weise wollen Sie dabei mit Gewerkschaften, Sozialverbänden, Betriebsräten und Betroffenen eng zusammenarbeiten und auf die Wirtschaft einwirken, um für alle Unternehmens -und Beschäftigungsformen die Mitbestimmung und ihre Erweiterung gesetzlich zu gewährleisten?**

**Was halten Sie von der Idee, über steuerliche Anreize einerseits und Aufschläge andererseits (im Sinne staatlicher Bonus-Malus-Regelungen oder Zertifizierungen) die Betriebe nach den jeweiligen Arbeitsbedingungen und der Mitbestimmungspraxis staatlicherseits zu belohnen oder zu sanktionieren?**

## **3.3 Bezahlbares Wohnen als neue Soziale Frage**

- Im Koalitionsvertrag ist die derzeitige Regierung angetreten, mit einer „Wohnraumoffensive“ (für 1,5 Mio. neue Wohnungen und Eigenheime) für bezahlbaren Wohnraum zu sorgen und die Kommunen bei ihren Bemühungen zu unterstützen. Mit einem „Wohnungsgipfel“ und einem „Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen“ sollte dem Vorhaben Nachdruck verliehen werden. Der Innenminister als Wohnungsbauminister hatte im Februar 2021 auf dem Wohngipfel eine positive Bilanz des „größten Wohnungsbauprogramms seit dem 2. Weltkrieg“ (mit 1,2 Mio. Wohnungen bis Ende 2021) gezogen und das angepasste Wohngeld und Baukindergeld hervorgehoben.
- Die Opposition, die Sozialverbände und die Mieterverbände kritisierten jedoch, dass nur 25.000 Sozialwohnungen gebaut wurden, das sind nicht einmal 9% der neu gebauten Wohnungen. Zugleich sind fast 65.000 bestehende Sozialwohnungen aus der Sozialbindung gefallen. Die frei finanzierten Neubauwohnungen sind für viele nicht bezahlbar. Das Ziel von 100.000 zusätzlichen Sozialwohnungen wurde glatt verfehlt und die Bilanz schön gerechnet. Insgesamt sind 300.000 Wohnungen zu wenig gebaut worden, wie sogar die Immobilienwirtschaft als Defizit bemängelte. Versprochen wurden etwa 375.000 neue Wohnungen pro Jahr. 2019 wurden aber nur 293.000 Wohnungen fertiggestellt, im Jahr davor waren es gut 283.000.
- Unverändert gibt es einen großen Mangel an bezahlbaren Mietwohnungen nicht nur in Ballungsgebieten und großen Städten, sondern mittlerweile auch im ländlichen Umland der Städte und Ballungsräume, wie etwa auch in Haltern als extrem teure Wohnstadt für Mieter wie für Hausbauer und als Tummelplatz für Grundstücksspekulanten. Eigenheime sind für junge Familien unerschwinglich, die Kauf- und Grundstückspreise verdoppeln sich alle 10 Jahre. In den Städten werden immer mehr Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt oder luxussaniert. Und immer mehr Wohnungen

gelangen in das Eigentum großer Wohnungsbaukonzerne; die meisten städtischen Wohnungen wurden privatisiert. Immer mehr Mieter werden aus ihren angestammten Wohnquartieren verdrängt. Der „Wohnungsmarkt“ ist den Marktkräften geradezu ausgeliefert, die am spekulativen Immobilienmarkt ungebremst walten.

- Fast überall explodieren die Mietpreise und der „Mietendeckel“ hat sich nur sehr begrenzt als wirksam erwiesen. Statt Gesetze zur dauerhaften Mietsenkung und Rechtssicherheit für das Wohnen zu erlassen, geht Bauminister Seehofer gegen den Mietendeckel vor. Im April 2021 ist der Berliner Mietendeckel vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt worden, weil es Aufgabe des Bundes sei, ein wirkungsvolles Mietpreisrecht mit Sozialverträglichkeit für Mieter neu zu entwickeln. In Berlin läuft ein Volksbegehren zur Enteignung der Wohnungskonzerne, die sich Hunderttausende Wohnungen angeeignet haben und ihren Aktionären hohe Dividenden abwerfen sollen. Bei den Schuldnerberatungen erweisen sich oftmals die unbezahlbaren hohen Mietpreise und Mieterhöhungen als Schulden- und Armutursache. Vereinzelt kommen wieder „Hausbesetzungen“ und drastische Mieterproteste auf. Die Wohnungsfrage ist zur sozialen Frage Nr. 1 geworden und das Grundrecht auf Wohnen scheint in Gefahr zu geraten.

**Fragen zu 3.3:**

**Wie will ihre Partei das drängende Problem der bezahlbaren Wohnungen in ausreichender Zahl konkret angehen, um das Grundrecht auf Wohnen schnellstmöglich zu gewährleisten?**

**Wie will Ihre Partei die Rechte der Mieter notwendigerweise stärken?**

**Wie wollen Sie die Grundstücks- und Mietpreisexplosion gesetzlich unterbinden? Gibt es ein Konzept Ihrer Partei für eine notwendige Bodenrechtsreform als grundlegende Voraussetzung für eine dauerhafte Preisdämpfung?**

